

Zitationshinweis

Kraemer, K.: „Rätselhafte Datenpolitik“, in „Monitor Versorgungsforschung“ (04/23), S. 34. http://doi.org/10.24945/MVF.04.23.1866-0533.2527

Univ.-Prof. Dr. Klaus Kraemer
lehrt und forscht Soziologie an der Universität Graz

Rätselhafte Datenpolitik

>> In den Sozialwissenschaften ist, wenn auch nur vereinzelt, bereits im Frühjahr 2020 die unzureichende Corona-Datenpolitik des Robert Koch-Instituts (RKI) und die Fokussierung auf die tägliche oder kumulative Zahl bestätigter Covid-19-Fälle kritisiert worden. So legte einer der führenden Statistiker der Soziologie in Deutschland, Rainer Schnell – gemeinsam mit Menno Smid vom Infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft – im Rahmen des digitalen Kolloquiums „Soziologische Perspektiven der Coronakrise“ des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung am 15.4.2020 in schonungsloser Deutlichkeit dar, dass es nicht nachvollziehbar sei, warum sich das RKI auf absolute Meldeinzidenzen von positiv Getesteten beschränken würde, ohne Einflussfaktoren wie Testanlässe und Testhäufigkeiten zu berücksichtigen. Auch verzichte das RKI auf repräsentative Erhebungen zum Infektionsgeschehen und verlasse sich stattdessen auf unzuverlässige Erhebungsinstrumente. Ein professionelles Pandemiemanagement sei ohne eine solide Datenbasis schlicht nicht möglich. Diese frühen mahnenden Empfehlungen verhallten ungehört, statt Licht in die Dunkelheit der behördlichen Datenwüste zur tatsächlichen Infektionsrate und zu individuellen Infektionsrisiken zu bringen.

In eindringlichen Worten schlugen Schnell und Smid vor, ***erstens*** repräsentative, nach Bundesland und Ortsgröße geschichtete Prävalenzstichproben (n = 30.000) durchzuführen, um den Anteil der Infizierten in der Bevölkerung zu identifizieren, ***zweitens*** Panel-Studien (n = 5.000), um tatsächliche Krankheitsverläufe und symptomfreie Verläufe von positiv getesteten Personen zu erfassen, ***drittens*** Post-Mortem-Stichproben (Covid-Neben- oder Hauptdiagnose, populär „im Zusammenhang“ bzw. „mit“ vs. „an“) sowie ***viertens*** Zufallsstichproben unter der Allgemeinbevölkerung (n = 3.000), einschließlich älterer Menschen und benachteiligter Personen, um soziale Effekte der Pandemiemaßnahmen empirisch zu untersuchen.

Selbst die Frage, ob Busfahrer oder Friseurinnen in exponierter Weise gefährdet waren, hätte man – so bemerkte der Medizinstatistiker Gerd Antes – einfach und unkompliziert prüfen können. Man hätte lediglich bei Antigen-Schnell- oder PCR-Tests die aktuelle berufliche Position abfragen müssen. Nichts von alledem ist in den Pandemiejahren in Deutschland geschehen. An der völlig unzureichenden Datenlage und Datenpolitik des RKI, gerade auch im europäischen Vergleich, hatte sich selbst im zweiten Pandemiejahr nichts Grundlegendes geändert. Während ab Mai 2020 beispielsweise in Großbritannien das Office of National Statistics und später auch in der Schweiz Corona Immunitas regelmäßig Seroprävalenzstudien durchführten, sahen die verantwortlichen Entscheider und Behörden in Deutschland noch im zweiten Pandemiejahr hierfür keine Notwendigkeit. Stattdessen bediente man sich in der öffentlichen Kommunikation allzu lange einer überschießenden Angstrhetorik, um der Bevölkerung den Ernst der Lage beizubringen. Unter dem Strich drängte sich der Eindruck auf, die politischen Entscheider und ihre Expertenstäbe seien der Auffassung, komplexe soziale Systeme mittels Meldeinzidenzen steuern zu können und dass weitreichende Top-down-Eingriffe eine probate Strategie seien, um das Virus „in den Griff zu bekommen“.

Es ist ein soziologisches Rätsel und zugleich eine offene Forschungsfrage, warum die maßgeblichen staatlichen Institutionen in Deutschland die einschlägigen Methoden der sozialwissenschaftlichen Statistik ignoriert, keine validen, repräsentativen Daten zur Pandemie produziert und kein evidenzbasiertes Maßnahmenmonitoring betrieben haben. Stattdessen verließ man sich allzu lange auf spekulative mathematisch-physikalische Computermodellierungen. Die düsteren Prognosen über den weiteren Pandemieverlauf wurden zudem mit der kollektiven Befürchtung kulturell unterlegt, man habe es mit einer universellen, unterschiedslosen Gesundheitsbedrohung der gesamten Bevölkerung zu tun („Killervirus“), die rasch einen exponentiellen Verlauf annehmen könne.

Unter dem selektiven Radar des Modellierungspositivismus blieb 2020 und 2021 vieles unbeobachtet, was eine Pandemie in einer Gesellschaft ausmacht, zuallererst die Bedeutung von sozialen Settings, Strukturen und Institutionen sowie „lokalen“ kulturellen Praktiken für das Infektionsgeschehen, vor allem auch die unerwünschten Folgewirkungen einer restriktiven, paternalistischen Maßnahmenpolitik. In der Rückschau mutet es fast schon bizarr an, dass die Pandemie als „sozial strukturloses“ biomedizinisches Naturereignis kommuniziert worden ist, mit klarer Rollenverteilung: die Gesellschaft als „Herde“, die Politik als „Hirte“ und der Bürger als „Schaf“, um eine pointierte Formulierung von Wolfgang Streeck aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom Januar 2021 aufzugreifen.

Angesichts einer rätselhaften Datenpolitik und eines über weite Strecken fast schon erratisch anmutenden Ad-hoc-Pandemiemanagements drängt sich die Frage nach der Vulnerabilität oder Resilienz demokratischer Institutionen in Zeiten außeralltäglicher Krisen geradezu auf. Umso dringlicher ist es, die letzten drei Jahre in methodisch kontrollierter Weise unvoreingenommen und ergebnisoffen aufzuarbeiten, unter Berücksichtigung breiter fachlicher und interdisziplinärer Kompetenzen. In den letzten drei Jahren haben wir unmittelbar erfahren, dass eine Pandemie kein isoliertes virologisch-medizinisches Ereignis ist, sondern ein komplexes bio-soziales Geschehen. Eine interdisziplinäre Bilanzierung des Pandemiemanagements wäre allein schon deswegen nötig, um die allzu lange übersehenen, nichtintendierten Folgeeffekte der Maßnahmenpolitik systematisch in den Blick nehmen zu können. Auf dem Prüfstand steht nicht weniger als die Frage nach der institutionellen Lernfähigkeit von Staat, Politik und Gesellschaft. <<

Literatur:
Kraemer, Klaus 2022. How do state authorities act under existential uncertainty? Hypotheses on the social logic of political decision-making processes during the coronavirus pandemic. Culture, Practice and Europeanization, vol. 7 (1), 5-36. doi.org/10.5771/2566-7742-2022-1-5
Schnell, Rainer; Smid, Menno 2020. Methodological problems and solutions in sampling for epidemiological Covid-19 research. Survey Research Methods 14, 123–129. doi.org/10.18148/srm/2020.v14i2.7749ben.